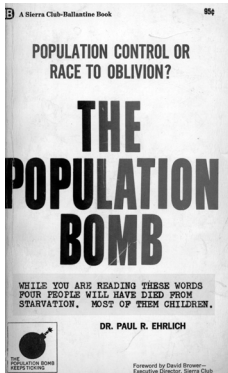


Experten, Stiftungen und Politik: Zur Genese des globalen Diskurses über Bevölkerung seit 1945

Marc Frey



Im Jahr 1968 veröffentlichte der an der Stanford University lehrende Biologe Paul Ehrlich ein Buch, das binnen Wochen die Bestsellerlisten erklomm: „The Population Bomb“. Diese Bombe drohe die gesamte Erde in einen Strudel von Hungersnöten, Umweltproblemen und Verteilungskämpfen zu reißen. Ihre Lunte, so Ehrlich, war bereits entzündet, Teile der Welt von Explosionen erschüttert. „Verstandesmäßig“, schrieb Ehrlich, „ist mir das Problem der Bevölkerungsexplosion schon seit langem klar, gefühlsmäßig habe ich es erst vor ein paar Jahren in einer heißen, übelriechenden Nacht in Delhi begriffen. Zusammen mit meiner Frau und meiner Tochter befand ich mich mit einem uralten Taxi auf

dem Heimweg zu unserem Hotel. Es waren fast 40 Grad, und die Luft war dick von Staub und Rauch. Die Straßen waren voll von Menschen. Menschen, die aßen, sich wuschen, schliefen, Menschen, die schwatzten, stritten und kreischten. Die ihre Hände durch das Taxifenster streckten und bettelten. Die urinieren und ihren Darm entleerten. Die sich an Busse klammerten und Vieh trieben. Menschen, Menschen, Menschen, Menschen. Während der Wagen langsam, laut hupend durch die Menschenmassen fuhr, gaben Staub, Lärm, Hitze und Feuerstellen der Szene etwas Höllisches. Würden wir jemals unser Hotel erreichen?“¹

In diesem Schreckensszenario war zu finden, was Demographen und andere Wissenschaftler, zivilgesellschaftliche Akteure sowie schließlich Politiker und Öffentlichkeiten als globales Problem katastrophalen Ausmaßes identifizierten: die gesichtslose einschüchternde Masse; das chaotische Mit- und Nebeneinander unzähliger – überzähliger – Menschen; ungezügelter Fortpflanzung und mangelnde Hygiene; fehlende Nahrung, Hunger und Arbeitslosigkeit.

¹ Paul R. Ehrlich, *Die Bevölkerungsbombe*, Frankfurt a.M. 1973, S. 15 (amerik. Erstausg.: *The Population Bomb*, New York 1968). Siehe auch Sabine Höhler, Die Wissenschaft von der „Überbevölkerung“. Paul Ehrlichs „Bevölkerungsbombe“ als Fanal für die 1970er-Jahre, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 3 (2006), S. 460-464.

Ehrlich beschrieb ein quantitatives und ein qualitatives Problem. Aus seiner Sicht gab es zu viele Menschen – ein Phänomen, das weithin als „Überbevölkerung“ bezeichnet wird. Bedeutung gewann das Problem aber besonders deshalb, weil es von denen ausging, die nicht lesen und schreiben konnten, die sich kaum selbst ernährten, die Kinder in die Welt setzten, welche an Hunger sterben würden, und die Ressourcen vergeudeten, welche anderweitig sinnvoller eingesetzt werden könnten. Überbevölkerung, Bevölkerungsbombe, Bevölkerungsexplosion – dies sind Begriffe, in denen das Individuum keine Rolle spielt und hinter denen sich ein biologischer und gesellschaftspolitischer Alptraum verbirgt: die „Bedeutung der Bedeutungslosen“.

Bevölkerungshistorische Fragestellungen finden seit einigen Jahren eine verstärkte Aufmerksamkeit der historischen Forschung. Jüngst hat eine Autorengruppe von Historikerinnen und Historikern eine Publikation vorgelegt, die die transdisziplinären Wurzeln der Bevölkerungsgeschichte, ihre internationale Dimension sowie das Verhältnis von Politik und Wissenschaft im Zeitraum von etwa 1900 bis 1960 untersucht.² Auch wenn einige Autoren den Blick über die Grenze auf die Schweiz, auf Frankreich oder Großbritannien richten, befasst sich der Band doch hauptsächlich mit Entwicklungen historischer Demographie in Deutschland. Die Fokussierung auf Deutschland und das wissenschaftshistorische Interesse gelten für eine Reihe weiterer Publikationen, die insbesondere die Zeit bis 1933 bzw. den Nationalsozialismus untersuchen.³ Diskursanalytisch hat sich Thomas Etzemüller mit dem Thema „Bevölkerung“ befasst.⁴ Ein schwedisch-deutscher Vergleich dient ihm zum einen dazu, auf den transnationalen Charakter von Bevölkerungsdiskursen zu verweisen. Zum anderen zeigt Etzemüller anschaulich, dass sich Prognosen über künftige Entwicklungen immer wieder als irreführend erwiesen haben und

² *Historical Social Research/Historische Sozialforschung* 31 (2006) H. 4: Bevölkerungskonstruktionen in Geschichte, Sozialwissenschaften und Politiken des 20. Jahrhunderts. Transdisziplinäre und internationale Perspektiven, hg. von Josef Ehmer, Werner Lausecker und Alexander Pinwinkler. Die Publikation entstand im Kontext des DFG- Schwerpunktprogramms „Ursprünge, Arten und Folgen des Konstrukts ‚Bevölkerung‘ vor, im und nach den ‚Dritten Reich‘“. Als weiteren umfangreichen Zeitschriftenband siehe *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 35 (2007): Demographie – Demokratie – Geschichte. Deutschland und Israel.

³ Rainer Mackensen/Jürgen Reulecke (Hg.), *Das Konstrukt „Bevölkerung“ vor, im und nach dem ‚Dritten Reich‘*, Wiesbaden 2005; Rainer Mackensen (Hg.), *Bevölkerungsforschung und Politik in Deutschland im 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 2006; Matthias Weipert, *Mehrung der Volkskraft. Die Debatte über Bevölkerung, Modernisierung und Nation 1890–1933*, Paderborn 2006; Hansjörg Gutberger, *Bevölkerung, Ungleichheit, Auslese. Perspektiven sozialwissenschaftlicher Bevölkerungsforschung in Deutschland zwischen 1930 und 1960*, Wiesbaden 2006; Patrick Henßler/Josef Schmidt, *Bevölkerungswissenschaft im Werden. Die geistigen Grundlagen der deutschen Bevölkerungssoziologie*, Wiesbaden 2007.

⁴ Thomas Etzemüller, *Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2007.

dass aktuelle Debatten um „Überalterung“, „kinderlose Gesellschaft“ und das „demographische Problem“ ideologisch aufgeladen sind.

Das Wachstum der Weltbevölkerung, das laut UN-Schätzungen voraussichtlich erst um 2050 bei einer Gesamtzahl von rund 9,2 Milliarden Menschen stagnieren wird, ist gewiss ein Phänomen, das Auswirkungen auf die Umwelt, auf wirtschaftliches Wachstum und das Zusammenleben von Gesellschaften und Staaten hat.⁵ Es wäre verantwortungslos, Bevölkerungswachstum (nur) als imaginiertes Konstrukt zu betrachten. Zwar haben sich die von Experten vielfach beschworenen Gefahren des weltweiten Bevölkerungswachstums für die Stabilität westlicher Gesellschaften bislang nicht bewahrheitet. Auch kann von einer globalen Nahrungsmittelknappheit nicht gesprochen werden. Zweifellos aber stehen lokale Hungerkatastrophen, Migrationen oder auch innerstaatliche und internationale Konflikte im Zusammenhang mit rapide bzw. ungleichmäßig wachsenden Bevölkerungen.

Dieser Beitrag handelt weniger von einer kritischen Bewertung früherer demographischer Prognosen. Vielmehr möchte ich zeigen, wie und warum sich ein zunächst nur von wenigen Experten als Problem wahrgenommenes Phänomen zu einem globalen Diskurs über die Gegenwart und Zukunft der Menschheit entwickelte. Folgende Leitfragen strukturieren den Beitrag: Wie und warum identifizierten um 1945 vorwiegend amerikanische Demographen Bevölkerung als ein Problem? Auf welche Weise gelang es ihnen, sich zu legitimieren, ihre Vorstellungen zu popularisieren sowie Partner zu finden, die über die materiellen Ressourcen verfügten, um Bevölkerung als Problem ins Bewusstsein von national und international tätigen Entscheidungsträgern zu rücken? Welche Grundannahmen und Entwicklungen machten Bevölkerungspolitik zu einem globalen Diskurs?⁶

Vorausgeschickt seien drei Hypothesen, die hier kurz skizziert und im weiteren Verlauf entwickelt werden:

- Die These der Überbevölkerung knüpfte nahtlos an Bevölkerungsdiskurse der Vorkriegszeit an. Ihre Brisanz gewann sie nun aber nicht mehr in den Gesellschaften Europas und Nordamerikas, sondern im Kontext von Kaltem Krieg und Dekolonisierung in der „Dritten Welt“. Dabei postulierten Demographen einen engen Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum in der „Dritten Welt“ und Sicherheit in der westlichen Welt.
- Die Experten konnten ihre Vorstellungen nur mit Hilfe einflussreicher zivilgesellschaftlicher Akteure popularisieren und letztlich auch durchsetzen.

⁵ Siehe die Presseerklärung der Vereinten Nationen vom 13.3.2007, online unter URL: <<http://www.un.org/News/Press/docs//2007/pop952.doc.htm>>.

⁶ Unter „Diskurs“ verstehe ich hier eher umgangssprachlich eine Debatte bzw. einen Meinungsaustausch, an dem zahlreiche Akteure teilnehmen. Mich interessieren neben dem „Text“ vor allem die Diskursteilnehmer. Siehe Michael Masert, *Diskurs, Macht und Geschichte. Foucaults Analysetechniken und die historische Forschung*, Frankfurt a.M. 2002, S. 26-30.

Ohne die massive Unterstützung amerikanischer Stiftungen wäre es nicht gelungen, im Laufe der 1960er-Jahre globale bevölkerungspolitische Netzwerke aufzubauen und nationale Regierungen, internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen im Ziel zu vereinen, Bevölkerungswachstum einzudämmen. Dieser Prozess macht deutlich, dass zivilgesellschaftliches Handeln nicht, wie häufig angenommen wird, per se gut und gemeinwohlorientiert ist, sondern mit sozialer Differenzierung und Ausgrenzung verbunden sein kann.⁷

- Bevölkerungspolitische Diskurse und die Politik der Bevölkerungskontrolle können als „reproduktive Westernisierung“ verstanden werden.⁸ Gemeint ist dabei die globale Durchsetzung der westlichen Norm, dass Kleinfamilien die Basis der Gesellschaft seien. Westernisierung bezieht sich in der Regel auf einen Wertetransfer, bei dem es um Liberalisierung und Demokratisierung von Gesellschaften geht.⁹ Bevölkerungskontrolle hat aber noch eine andere Grundlage: Sie ist Ausdruck von sozialer Differenzierung, Statusdenken und gesellschaftlicher Privilegierung. Bevölkerungspolitik zielte darauf ab, soziale und wirtschaftliche Privilegien von Individuen und Gesellschaften zu erhalten und klassenspezifische Werte von Mittel- und Oberschichten zu festigen.

1. Die Anamnese des Diskurses

Der Diskurs über Bevölkerung, dessen Argumentationsstränge sich bis ins 17. Jahrhundert verfolgen lassen, beruhte nach 1945 auf drei unterschiedlichen, aber miteinander verknüpften biopolitischen Vorstellungskomplexen und Theorien.¹⁰ Dabei handelte es sich erstens um die Theorie des englischen Predigers Thomas Malthus bzw. um den Malthusianismus; zweitens um die Eugenik; und drittens um die Theorie des „demographischen Übergangs“.¹¹ Eine umfassende Rekonstruktion dieser biopolitischen Paradigmen soll hier nicht geleistet werden. Es genügt, zentrale Annahmen zu benennen. Charakteristisch für malthusianische Überlegungen war und ist die These, dass die Nahrungsmittelproduktion in der Zukunft nicht mehr Schritt halten könne

⁷ Zur Diskussion siehe Frank Adloff, *Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis*, Frankfurt a.M. 2005.

⁸ Susan Greenhalgh, *The Social Construction of Population Science: An Intellectual, Institutional, and Political History of Twentieth-Century Demography*, in: *Comparative Studies in Society and History* 38 (1996), S. 26-66, hier S. 27.

⁹ Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999; Victoria de Grazia, *Irresistible Empire. America's Advance through 20th Century Europe*, Cambridge 2005.

¹⁰ Einführend zu Deutschland siehe Josef Ehmer, *Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800–2000*, München 2004.

mit der globalen Zunahme der Bevölkerung, und dass Hungerkatastrophen deshalb unvermeidlich seien.¹² Im Hinblick auf die Eugenik, deren Vertreter höchst unterschiedliche ideologische und gesellschaftspolitische Vorstellungen hegten, ist besonders auf die zentrale biopolitische Überzeugung hinzuweisen: Eugeniker glaubten, durch sozialhygienische und gesellschaftspolitische Maßnahmen die „Qualität“ von einzelnen Menschen und damit letztlich von ganzen Bevölkerungen verbessern zu können.¹³ Ungeachtet ihrer wissenschaftlichen Diskreditierung in den 1920er-Jahren und der Sympathie führender Eugeniker für die „Rassengesetze“ der Nationalsozialisten überstanden eugenische Netzwerke den Zweiten Weltkrieg relativ unbeschadet. Auf der Grundlage elitärer Rassen- und Klassenvorstellungen warben sie nach 1945 für ähnliche Maßnahmen wie zuvor. Rechtlich verankert wurden etwa in Schweden und Japan Sterilisierungen nach eugenischer Indikation.

Prägend für den bevölkerungspolitischen Diskurs der Nachkriegszeit wurde insbesondere die Theorie des demographischen Übergangs. Anknüpfend an Überlegungen der Zwischenkriegszeit wurde sie im Zusammenhang mit amerikanischen Nachkriegsplanungen von den Demographen Frank Notestein und Kingsley Davis 1944/45 entwickelt.¹⁴ Die Theorie postulierte eine universale und unilineare Entwicklung von Gesellschaften in einem Kontinuum, das von „traditionell“ bzw. „prätransitional“ hin zu „modern“ bzw. „posttransitional“ reichte.¹⁵ Nicht von ungefähr las sich die Theorie wie eine frühe Variante der Modernisierungstheorien, die ab Ende der 1950er-Jahre den globalen entwicklungspolitischen Diskurs beherrschten. Davis war wie die führenden Mo-

¹¹ Deborah Barrett und David John Frank suggerieren eine Abfolge von Diskursen, die für ihre Zeit jeweils dominierend gewesen seien: Pronatalismus bis zum Ersten Weltkrieg, Eugenik in der Zwischenkriegszeit, Neo-Malthusianismus in der Nachkriegszeit. Diese Argumentation erscheint mir verkürzt; sie ignoriert die Parallelität und Kontextgebundenheit verschiedener Diskurse. Siehe dies., Population Control for National Development: From World Discourse to National Policies, in: John Boli/George M. Thomas (Hg.), *Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations Since 1875*, Stanford 1999, S. 198-221.

¹² Siehe neuerdings zum Beispiel Niall Ferguson, Malthusian misery's comeback. With the world population growth outpacing food supply, say goodbye to this era of unlimited improvement, in: *Los Angeles Times*, 30.7.2007. Siehe vor allem Thomas Robert Malthus, *An Essay on the Principles of Population* [1798], Cambridge 1992.

¹³ Einführend siehe Peter Weingart/Jürgen Kroll/Kurt Bayertz, *Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenlehre in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1988; Mark B. Adams (Hg.), *The Well-born Science. Eugenics in Germany, France, Brazil, and Russia*, New York 1990; Richard A. Soloway, *Demography and Degeneration. Eugenics and the Declining Birthrate in Twentieth-Century Britain*, Chapel Hill 1990; Daniel J. Kevles, *In the Name of Eugenics. Genetics and the Uses of Human Heredity*, 2. Aufl. Cambridge 1995; Stefan Kühl, *Die Internationale der Rassisten. Aufstieg und Niedergang der internationalen Bewegung für Eugenik und Rassenhygiene im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 1997; Edwin Black, *War Against the Weak. Eugenics and America's Campaign to Create a Master Race*, New York 2003.

¹⁴ Simon Szreter, The Idea of Demographic Transition and the Study of Fertility Change: A Critical Intellectual History, in: *Population and Development Review* 19 (1993), S. 659-701.

demernisierungstheoretiker Schüler von Talcott Parsons, dessen systemische Gesellschaftstheorie die Basis für die Modernisierungstheorie legte.¹⁶

Die Theorie des demographischen Übergangs besagte, dass während der Industrialisierung das Bevölkerungswachstum besonders hoch gewesen sei, weil wegen besserer Nahrung, Hygiene und medizinischer Versorgung zunächst nur die Sterberaten zurückgingen, nicht aber die Fruchtbarkeitsraten. Erst in einer zweiten Phase, während derer die Industrialisierung Normen und Werte veränderte und traditionelle Sozialstrukturen durch die Kleinfamilie ersetzt wurden, sank die Geburtenrate. Die Theorie erfasste quantitative Aspekte demographischer Entwicklungen. Sie besaß aber auch eine qualitative Dimension: Sie operierte mit einer hierarchisierten kulturellen Matrix, die die „westliche Welt“ zum Standard erhob und „zurückgebliebene“ Gesellschaften mit ihrem hohen Anteil von Analphabeten und Unterbeschäftigten als unvollkommene Formen abqualifizierte. Daraus leiteten amerikanische Demographen eine politische Forderung ab, die der Theorie eigentlich widersprach. Die Beobachtung westlicher Gesellschaften legte nämlich nahe, dass sinkende Geburtenraten auf wirtschaftliches Wachstum und steigenden Wohlstand folgten. Annahmen, die von einer analogen Entwicklung für die „Dritte Welt“ ausgingen, konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Die meisten Demographen argumentierten vielmehr, dass hohe Geburtenraten dort wirtschaftliches Wachstum behinderten. Ohne über empirische Anhaltspunkte für diese Sicht zu verfügen, glaubten sie, verbesserte Verhütungsmethoden in der „Dritten Welt“ würden die Geburtenraten senken und größeren Wohlstand ermöglichen. Oder, wie Kingsley Davis es 1953 ausdrückte: „[Fertility control] may thus help to solve one of the worst afflictions of modern times, the aimless and economically deleterious multiplication of human numbers.“¹⁷

Bevölkerungsexperten verstanden sich als Produzenten und Mediatoren von Wissen. Viele wollten sich aber auch aktiv an der Lösung der von ihnen identifizierten gesellschaftlichen Probleme beteiligen, unter anderem durch Politikberatung und technokratische Steuerung in den Bereichen Geburtenkontrolle und Familienplanung. Mit diesem Anspruch auf anwendungsorientierte Wissenschaft standen Bevölkerungsexperten nicht allein. Die „Verwissenschaftlichung des Sozialen“ erfasste seit etwa 1870 weite Bereiche der modernen Gesellschaft. Besonders in der vom Planungs- und Reformdenken

¹⁵ Frank W. Notestein, Population – The long view, in: Theodore W. Schulz (Hg.), *Food for the World*, Chicago 1945, S. 36-57; Kingsley Davis, The World Demographic Transition, in: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 237 (1945), S. 1-11.

¹⁶ Nils Gilman, *Mandarins of the Future. Modernization Theory in Cold War America*, Baltimore 2003, S. 74-96; Michael E. Latham, *Modernization as Ideology. American Social Science and 'Nation Building' in the Kennedy Era*, Chapel Hill 2000, S. 21-68.

¹⁷ Zit. in: John Caldwell/Pat Caldwell, *Limiting Population Growth and the Ford Foundation Contribution*, London 1986, S. 28.

geprägten „Wissengesellschaft“ nach 1945 spielte *social engineering* eine immer wichtigere Rolle.¹⁸ Auch Ökonomen, Mediziner, Raumplaner und viele weitere Experten beanspruchten Deutungshoheit und „Kompetenz-Kompetenz“. Was Bevölkerungsexperten von anderen Experten unterschied, war die globale Dimension ihres Forschungsobjekts und die Überzeugung, dass Bevölkerungswachstum letztlich nur durch globale Interventionen gebremst werden könne.

2. Akteure und Netzwerke

Bereits in der Zwischenkriegszeit hatten sich Malthusianer, Eugeniker und Demographen in transnationalen Netzwerken organisiert, Kongresse veranstaltet, Forschung betrieben und die Politik beraten. Angesichts der weltpolitischen Herausforderungen, vor die sich die internationale Staatengemeinschaft nach 1945 gestellt sah, verstanden sich die Bevölkerungsexperten von Beginn an als privilegierte Akteure des politischen Beratungsprozesses. Mit Schlagworten wie „Überbevölkerung“, „Bevölkerungsbombe“ oder „demographisches Equilibrium“ führten Demographen nach dem Zweiten Weltkrieg einen regelrechten Feldzug zur globalen Verbreitung von Bevölkerungskontrolle. Innerhalb von zwei Jahrzehnten gelang es einer relativ kleinen Gruppe von Experten, Bevölkerungspolitik zu einem zentralen Thema der amerikanischen Entwicklungspolitik zu machen, die Vereinten Nationen und zahllose Nichtregierungsorganisationen auf den Plan zu rufen, die internationale Forschung über Verhütung wesentlich voranzutreiben sowie die organisatorische und materielle Basis für Bevölkerungskontrollprogramme zu legen (später als Familienplanung bezeichnet).

Der Politologe Peter Haas hat für das hier skizzierte Phänomen – die Gewinnung von Deutungshoheit durch soziale Gruppen – das Konzept der „epistemic community“ vorgeschlagen.¹⁹ Damit ist ein Netzwerk von Experten ge-

¹⁸ Lutz Raphael, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: *Geschichte und Gesellschaft* 22 (1996), S. 165-193; Peter Weingart, *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*, Weilerswist 2001; Margit Szöllösi-Janze, Wissenschaft in Deutschland: Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse, in: *Geschichte und Gesellschaft* 30 (2004), S. 275-311; Alexander Nützenadel, *Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949-1974*, Göttingen 2005; Michael Hascher, *Politikberatung durch Experten. Das Beispiel der deutschen Verkehrspolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 2006; Tim Schanetzky, *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982*, Berlin 2007.

¹⁹ Peter M. Haas, Epistemic Communities and International Policy Coordination, in: *International Security* 46 (1992), S. 1-35.

meint, die über anerkanntes Wissen und Kompetenz in einem klar umrissenen Bereich verfügen. Diese Gemeinschaft erhebt Anspruch auf Deutungshoheit und Weitergabe von politikrelevantem Wissen. Ihre Mitglieder teilen ein definierbares Wertefundament, ein klar umrissenes Ensemble an Kausalannahmen und gemeinsame Vorstellungen, wie diese in Politik umzusetzen seien. Epistemische Gemeinschaften können sich national und transnational organisieren. Im Allgemeinen sind sie gefragt, wenn die Politik Beratungsbedarf sieht, in einer Krise Orientierung benötigt oder einen Zustand der Unsicherheit überwinden will. Der hier dargestellte Fall ist etwas anders gelagert, ging die Initiative zum politischen Handeln doch eindeutig von den Bevölkerungsexperten aus: Sie produzierten über einen längeren Zeitraum Wissen mit dem Ziel, einen politischen Schock auszulösen, in dessen Folge man sie um Lösung bitten würde.

Forschungs- und Handlungsbedarf sah die epistemische Gemeinschaft der Bevölkerungsexperten nach dem Zweiten Weltkrieg im Zusammenhang mit den beiden zentralen Entwicklungen im internationalen System: der Dekolonisierung und dem Kalten Krieg. Mit der Unabhängigkeit Indiens im August 1947 und dem Sieg der Kommunisten im chinesischen Bürgerkrieg 1949 rückte die „Dritte Welt“ in den Mittelpunkt der Überlegungen von Bevölkerungsexperten. Dabei beherrschten drei zentrale Probleme die Diskussionen: Wie konnten bevölkerungsreiche Länder wie Indien „Unterentwicklung“ und „Rückständigkeit“ überwinden? Wie konnte verhindert werden, dass nach China noch mehr Länder der „Dritten Welt“ dem Kommunismus anheimfallen würden? Und wie war es zu erreichen, dass bevölkerungspolitische Krisen in der „Dritten Welt“ nicht zu einer Gefahr für die industrialisierte Welt wurden? Auf diese Fragen schien es im Grunde nur zwei Antworten zu geben: entwicklungspolitische Planung und Eindämmung des Bevölkerungswachstums. Zu diesem Ergebnis gelangte jedenfalls eine amerikanische Delegation von Bevölkerungsexperten um Frank Notestein, die im Herbst 1948 Ost- und Südasiens bereiste.²⁰

Notestein war seit Ende der 1930er-Jahre Direktor des bis dahin einzigen demographischen Forschungsinstituts in den USA, des Office of Population Research der Princeton University. 1946 wurde er zum ersten Direktor der UN Population Division berufen, einer kleinen Organisation, die rein quantitative demographische Studien anfertigte. Sein Nachfolger, Pascal Whelpton, seit 1948 im Amt, war wie Notestein auch langjähriger Direktor der American Eugenics Society. Die UN-Bevölkerungsabteilung arbeitete eng mit dem ersten Generaldirektor der UNESCO zusammen, dem Biologen und führenden englischen Eugeniker Julian Huxley. Verschiedene eugenische Gesellschaften unterstützten auch den ersten internationalen Kongress von Bevölkerungsexper-

²⁰ Michael Balfour u.a., *Public Health and Demography in the Far East*, New York 1950.

ten in der Nachkriegszeit, zu dem im Spätsommer 1949 rund 80 Wissenschaftler nach Genf reisten – unter ihnen führende Eugeniker und Demographen wie Alfred Sauvy, Jean Sutter, Frank Lorimer oder Henry Platt Fairchild.²¹ Wichtigstes Ergebnis der Genfer Konferenz war die Gründung der International Union for the Scientific Study of Population (IUSSP). Ihr Ziel war und ist es, „die Aufmerksamkeit der Regierungen, der überstaatlichen Organisationen, der Nichtregierungsorganisationen und der allgemeinen Öffentlichkeit auf die Bevölkerungsprobleme“ zu lenken. Zwar seien qualitative Aspekte der Bevölkerungspolitik durch Rassen- oder Klassenvorurteile in der Vergangenheit diskreditiert worden. Ungeachtet dessen müsse sich die Wissenschaft aber auch künftig mit „qualitativen Aspekten der Bevölkerung und ihrer Beziehungen zu Migration und Reproduktion“ befassen.²² Denkverbote dürfe es nicht geben.

Während die IUSSP primär wissenschaftlich ausgerichtet war und vor allem bevölkerungspolitische Forschung unterstützte, verfolgte die 1952 gegründete International Planned Parenthood Federation (IPPF) klare politische Ziele. Sie ging auf eine Initiative von vier Frauen zurück, die sich zum Teil seit Jahrzehnten für die Eugenik eingesetzt hatten: die Amerikanerin Margaret Sanger, die seit langem für die Emanzipation von Frauen, für die Freigabe von Verhütungsmitteln und eben auch für eine eugenische Steuerung von Bevölkerungen eintrat; die Engländerin Marie Stopes, ebenfalls Frauenrechtlerin und während der Zwischenkriegszeit eine führende Eugenikerin; Elise Ottesen-Jensen, führende Frauenrechtlerin Schwedens; und schließlich die Inderin Rama Rau, wie Sanger und Stopes Eugenikerin und exponierte Befürworterin von Bevölkerungskontrollprogrammen in ihrem Land.²³ Die IPPF, heute der Dachverband von Familienplanungsorganisationen in mehr als 40 Ländern, trat für die Freigabe von Verhütungsmitteln und für die Emanzipation von Frauen ein. Gerade in der Frühphase der Organisation dominierte aber das Bestreben, das Bevölkerungswachstum insbesondere von sozial Schwachen durch Geburtenkontrolle zu stoppen.

Bis Anfang der 1950er-Jahre hatte sich ein transnationales Netzwerk von Bevölkerungsexperten gebildet. Mit Hilfe von Tagungen, Zeitschriften und Organisationen kommunizierten sie miteinander und trugen ihre Forderungen in die Öffentlichkeit. Von Ausnahmen abgesehen war Bevölkerungskontrolle zunächst jedoch kein Thema nationaler oder internationaler Politik. Sicherlich, in Indien und auch in China gab es zaghafte familienpolitische Be-

²¹ Dennis Hodgson, *The Ideological Origins of the Population Association of America*, in: *Population and Development Review* 17 (1991), S. 1-34.

²² Zit. nach Kühl, *Die Internationale der Rassisten* (Anm. 13), S. 193f.

²³ Ellen Chesler, *Women of Valor. Margaret Sanger and the Birth Control Movement in America*, New York 1992, S. 195f., S. 215-217, S. 371-395; Mathew Thomson, *The Problem of Mental Deficiency. Eugenics, Democracy, and Social Policy in Britain, c. 1870-1959*, Oxford 1998, S. 184.

mühungen, das Bevölkerungswachstum zu verlangsamen. Machtkämpfe pro- und antinatalistischer Akteure und Politikwechsel sorgten jedoch dafür, dass weder die indische noch die chinesische Regierung konsequente Maßnahmen zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums einleiteten.²⁴

Ungeachtet weltanschaulicher, religiöser oder sozioökonomischer Unterschiede verfolgten Regierungen in weiten Teilen der Welt eine dezidiert pronatalistische Politik. In der westlichen Hemisphäre erschwerten Männer nach dem Krieg Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt, indem sie sie auf ihre „eigentliche“ Funktion und Bestimmung als Mutter verpflichteten. Das Heiratsalter sank während der 1950er-Jahre kontinuierlich und erreichte in den USA um 1960 bei Frauen durchschnittlich nur 20,1 Jahre. Das war politisch und gesellschaftlich gewünscht. Junge verheiratete Frauen, dies zeigten bevölkerungspolitische Studien, bekamen meist mehr Kinder als Frauen, die erst in etwas höherem Alter heirateten. In Großbritannien stieg die Geburtenrate gegenüber der Vorkriegszeit um 11 Prozent, in Frankreich um 33 Prozent (1949). Steuerliche Anreize in allen westlichen Staaten sollten die Anzahl der Neugeborenen steigern. Während der 1950er-Jahre waren Verhütungsmittel, von Schweden abgesehen, in weiten Teilen Westeuropas verboten; in Frankreich war bis 1967 nur der Verkauf von Kondomen erlaubt. Im US-Bundesstaat Massachusetts war der Verkauf jeglicher Verhütungsmittel bis 1970 gesetzlich verboten – und Massachusetts bildete in den USA keine Ausnahme. Dank sinkender Sterberaten und steigender Geburtenraten wuchs die Bevölkerung der westlichen Welt rasch an.²⁵

Vor dem Hintergrund dieser für Bevölkerungsexperten nicht ganz einfachen pronatalistischen Grundkonstellation wäre der Ruf nach Kontrolle und Einschränkung vielleicht noch eine Weile ungehört verhallt. Doch in Gestalt eines Mannes und zweier Stiftungen fand die epistemische Gemeinschaft der Bevölkerungsexperten Partner, die entscheidend zur weltweiten Popularisierung des Themas beitrugen: John D. Rockefeller III, Philanthrop, Internatio-

²⁴ Für China siehe Xizhe Peng, Demographic Consequences of the Great Leap Forward in China's Provinces, in: *Population and Development Review* 13 (1987), S. 639-670; James Lee/Wang Feng, Malthusian Models and Chinese Realities: The Chinese Demographic System 1700–2000, in: *Population and Development Review* 25 (1999), S. 33-65; Thomas Scharping, Chinas Bevölkerung 1953–1982, Teil I–III, Kölner China-Studien Online Nr. 1/1985, Nr. 2/1985, Nr. 1/1986; ders., Bevölkerungsgeschichte und Bevölkerungspolitik in China: Ein Überblick, Kölner China-Studien Online Nr. 3/2005. Zu Indien siehe Shri Govind Narain, India: The Family Planning Program Since 1965, in: *Studies in Family Planning* 1 (1968) H. 35, S. 1-12; Rosanna Ledbetter, Thirty Years of Family Planning in India, in: *Asian Survey* 24 (1984), S. 736-758; Matthew Connelly, Population Control in India: Prologue to the Emergency Period, in: *Population and Development Review* 32 (2006), S. 629-667, hier S. 640-645.

²⁵ Tony Judt, *Die Geschichte Europas nach dem Zweiten Weltkrieg*, Bonn 2005, S. 368-371; Luke T. Lee/Richard K. Gardiner, Law and Family Planning, in: *Studies in Family Planning* 2 (1971) H. 4, S. 81-98.

nalist und amerikanischer Patriot, sowie die Rockefeller und die Ford Foundation.²⁶

Medizinische, sozialhygienische und demographische Forschungseinrichtungen waren bereits in der Vorkriegszeit von amerikanischen Stiftungen unterstützt worden – etwa in den Vereinigten Staaten selbst, in Irland, Frankreich, der Sowjetunion oder auch in Deutschland. In Brasilien, China oder Indien hatte die Rockefeller Foundation seit den 1920er-Jahren Projekte gefördert, um westliche sozialhygienische Standards einzuführen, aber auch, um die Geburtenrate von Armen zu senken.²⁷ Nach dem Zweiten Weltkrieg widmete sich John D. Rockefeller, seit 1931 Treuhänder der Stiftung, primär bevölkerungspolitischen Fragen. Auf seine Einladung trafen sich 1952 Biologen, Ökonomen, Gesundheitswissenschaftler und Demographen zu einer Konferenz in Washington, bei der der Population Council gegründet wurde. Diese Interessenvertretung der Bevölkerungsexperten, bis in die 1970er-Jahre hinein personell und institutionell eng mit amerikanischen Eugenikern verquickt, verschrieb sich einer klar verständlichen Botschaft: Das Bevölkerungswachstum in der „Dritten Welt“ und auch der ärmeren Schichten in den USA sei alarmierend und stelle eine ernste gesellschaftliche Bedrohung dar. Die Rockefeller und die Ford Foundation förderten den Population Council, der seinen Sitz zusammen mit der American Eugenics Society in einem Haus in der New Yorker Park Avenue hatte, mit vielen Millionen Dollar. Allein die Ford Foundation investierte zwischen 1952 und Ende der 1960er-Jahre über 270 Millionen Dollar in bevölkerungspolitische Aktivitäten.²⁸

²⁶ Allgemein siehe Robert F. Arnove (Hg.), *Philanthropy and Cultural Imperialism. The Foundations at Home and Abroad*, Bloomington 1982; Edward H. Berman, *The Influence of the Carnegie, Ford, and Rockefeller Foundations on American Foreign Policy: The Ideology of Philanthropy*, Albany 1983; Gary R. Hess, *Waging the Cold War in the Third World: The Foundations and the Challenges of Development*, in: Lawrence J. Friedman/Mark D. McGarvie (Hg.), *Charity, Philanthropy, and Civility in American History*, Cambridge 2003, S. 319-339.

²⁷ Richard Brown, *Public Health in Imperialism: Early Rockefeller Programs at Home and Abroad*, in: *American Journal of Public Health* 66 (1976), S. 897-903; Marcos Cueto (Hg.), *Missionaries of Science: The Rockefeller Foundation and Latin America*, Bloomington 1994; Matthias Weber, *Rassenhygienische und genetische Forschungen an der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie/Kaiser-Wilhelm-Institut in München vor und nach 1933*, in: Doris Kaufmann (Hg.), *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*, Göttingen 2000, S. 95-111; William H. Schneider (Hg.), *Rockefeller Philanthropy and Modern Biomedicine. International Initiatives from World War I to the Cold War*, Bloomington 2002; Helke Rausch, *US-amerikanische „Scientific Philanthropy“ in Frankreich, Deutschland und Großbritannien zwischen den Weltkriegen*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 33 (2007), S. 73-98.

²⁸ Caldwell/Caldwell, *Limiting Population Growth* (Anm. 17), S. 1; Kathleen D. McCarthy, *From Government to Grassroots Reform: The Ford Foundation's Population Programs in South Asia, 1959-1981*, in: Soma Hewa/Philo Hove (Hg.), *Philanthropy and Cultural Context. Western Philanthropy in South, East, and Southeast Asia in the 20th Century*, Lanham 1997, S. 129-156.

Die beiden führenden amerikanischen Stiftungen waren von den Warnungen der Bevölkerungsexperten beeindruckt. Angesichts eines eher indifferenteren oder pronatalistischen Meinungsklimas in den USA und einer politischen Elite, die das Thema für unwichtig, moralisch bedenklich oder im Zweifelsfall für politisch inopportun hielt, sahen es die Stiftungen als ihre Aufgabe an, das Thema und die hinter ihm stehenden Experten und Institutionen zu fördern. Vom Selbstverständnis her auf Elitenförderung, *social engineering* und Internationalität ausgerichtet, gab es für die beiden Stiftungen kaum ein geeigneteres Terrain als die Bevölkerungs- und Familienpolitik. Denn in einem waren sie sich einig: Die falschen Frauen würden zu viele Kinder bekommen. Das stelle ein gewaltiges Risiko für die Vereinigten Staaten im Allgemeinen und für die amerikanische Mittelklasse im Besonderen dar – ein Sicherheitsrisiko, das militärische, umweltpolitische und wirtschaftliche Implikationen besitze.

Im Jahr 1950 gab es in den USA drei Universitäten, an denen Bevölkerungs- politik als MA-Programm studiert werden konnte. In den folgenden 15 Jahren unterstützte die Ford Foundation die Gründung von 16 weiteren Programmen. Bis Mitte der 1970er-Jahre beliefen sich die Investitionen auf über 45 Millionen Dollar. Diese Hochschulprogramme beschäftigten sich primär mit Bevölkerungsfragen in der „Dritten Welt“; ausgebildet wurden Praktiker, die beim Aufbau von Bevölkerungskontrollprogrammen in Übersee helfen sollten. In der Forschung konzentrierten sich die Bevölkerungsexperten auf den Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Bevölkerung, auf statistische Erhebungen und bevölkerungspolitische Prognosen sowie auf soziologische Untersuchungen über die Reduzierung von Geburtenraten sozial schwacher Amerikaner. Die Stiftungen waren aber nicht nur in den Vereinigten Staaten selbst tätig. Sie waren am Aufbau von Programmen zur Familienplanung in Südkorea, Taiwan und Pakistan beteiligt, richteten in Delhi (1952), Bombay (1956), Santiago (1957) und Kairo (1963) bevölkerungspolitische Forschungszentren ein, schickten amerikanische Bevölkerungsexperten in die „Dritte Welt“ und vergaben Stipendien an dortige junge Doktoranden und Postdoktoranden. Ohne die Unterstützung der Stiftungen hätte es die bevölkerungspolitische Infrastruktur, die bis Mitte der 1960er-Jahre in den Vereinigten Staaten und der „Dritten Welt“ entstand, nicht gegeben.²⁹

Die Entwicklung dieser Infrastruktur hing maßgeblich mit der rapiden Zunahme der Weltbevölkerung zusammen. Insofern war das Phänomen, auf das Bevölkerungsexperten hinwiesen, kein bloßes Konstrukt. Zwischen 1750 und 1900 verdoppelte sich die Weltbevölkerung von 850 Millionen auf 1,7 Milliarden Menschen. Im 20. Jahrhundert beschleunigte sich das Wachstum von 0,5 auf 1,0 Prozent pro Jahr um 1950 und auf 2 Prozent danach. 1945 hatte

²⁹ Bernard Berelson, The Present State of Family Planning Programs, in: *Studies in Family Planning* 1 (1970) H. 57, S. 1-11; McCarthy, From Government to Grassroots Reform (Anm. 28).

Frank Notestein eine Weltbevölkerung von 3 Milliarden Menschen für das Jahr 2000 prognostiziert.³⁰ In den folgenden Jahrzehnten aber erwiesen sich sämtliche Prognosen als zu niedrig. 1950 gab es rund 2,5 Milliarden Menschen auf der Welt, um 1980 waren es 4,8 Milliarden.³¹ Nicht nachweisbar war jedoch der von Demographen postulierte Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und mangelndem Wirtschaftswachstum in der „Dritten Welt“. Ebenso basierten malthusianische Warnungen vor gewaltigen Hungerkatastrophen zu keinem Zeitpunkt auf empirischen Befunden, sondern auf unbegründeten, wertorientierten Annahmen. Daten der Food and Agricultural Organization (FAO) zeigten nämlich, dass die Nahrungsmittelproduktion stärker stieg als das Bevölkerungswachstum: Zwischen 1954 und 1973 wuchs die Bevölkerung der industrialisierten Länder um 22 Prozent, die Getreideproduktion stieg hier um 65 Prozent, die Pro-Kopf-Produktion um 35 Prozent. In der nichtkommunistischen, sich entwickelnden Welt wuchs die Bevölkerung um 61 Prozent, die Getreideproduktion um 75 Prozent, die Pro-Kopf-Produktion um 9 Prozent.³² Ungeachtet dessen nahm im Verlauf der 1950er-Jahre der alarmistische Tenor demographischer Veröffentlichungen zu. Apokalypse-Szenarien beschworen die katastrophalen Auswirkungen von ideologischer Systemauseinandersetzung und ungezügelter Bevölkerungswachstum auf die Stabilität und Zukunftsfähigkeit westlicher Gesellschaften.³³

3. Demographie und politisches Handeln

1958 berief Präsident Dwight D. Eisenhower eine Kommission, die die amerikanische Entwicklungs- und Militärhilfe untersuchen sollte. Ihr Vorsitzender, der Investmentbanker und ehemalige General William H. Draper, fasste im Mai 1959 vor dem Senat das Ergebnis der Untersuchungen in einer einfachen Diagnose zusammen: „The population problem [...] is the greatest bar to our whole economic aid program and to the progress of the world.“³⁴ Drapers Erklärung sorgte weltweit für Aufsehen. Präsident Eisenhower weigerte sich je-

³⁰ Frank Notestein, *The Population of the World in the Year 2000*, in: *Journal of the American Statistical Association* 45 (1950), S. 335-345.

³¹ World Bank, *World Development Report 1984*, New York 1984, S. 2.

³² Paul Neurath, *From Malthus to the Club of Rome and Back. Problems of Limits to Growth, Population Control, and Migrations*, Armonk 1994, S. 171.

³³ Siehe z.B. das führende demographische Handbuch der 1960er-Jahre: Philip M. Hauser/Otis Dudley Duncan (Hg.), *The Study of Population. An Inventory and Appraisal*, Chicago 1958, Nachdruck 1964, S. 119.

³⁴ Zit. im Nachruf auf William H. Draper, Jr. (1894–1974), in: *International Family Planning Digest* 1 (1975) H. 1, S. 16. Der Bericht ist veröffentlicht als: United States President's Committee to Study the United States Military Assistance Program. Conclusions concerning the Mutual Security Program, Washington 1959.

doch, das Thema öffentlich zu behandeln.³⁵ Fortpflanzung sei eine private Angelegenheit, die keine Regierung etwas angehe.

Die von der Modernisierungstheorie beeinflusste Kennedy-Administration sah das anders: Die privaten Angelegenheiten seien durchaus von gesellschaftspolitischer Bedeutung. Den „Mandarin der Zukunft“ wie dem Modernisierungstheoretiker und Direktor des politischen Planungsstabs im Außenministerium, Walt Whitman Rostow, oder dem Außenminister und ehemaligen Präsidenten der Rockefeller Foundation, Dean Rusk, räumte Kennedy die notwendigen Freiräume ein, um bevölkerungspolitisch aktiv zu werden.³⁶ Als besorgniserregend sahen Analytiker von Außenministerium und Geheimdiensten das Wachstum der Weltbevölkerung insgesamt an, als noch gravierender jedoch die unterschiedlichen Geburtenraten in der entwickelten und der sich entwickelnden Welt.³⁷ Denn dies bildete einen gewichtigen Faktor in der Systemauseinandersetzung mit dem Kommunismus.

Um die Implikationen des Phänomens besser bewerten zu können, richtete das amerikanische Außenministerium im August 1961 erstmals eine Dienststelle für Bevölkerungsfragen ein.³⁸ Völlige Unklarheit herrschte innerhalb der Administration aber zunächst über den Umgang mit Bevölkerungsfragen in der Öffentlichkeit und im internationalen Kontext. Bevölkerungspolitische Empfehlungen an andere Staaten hielt man für moralisch bedenklich und politisch kontraproduktiv. Auch innenpolitisch war das Thema sensibel. Nach Einschätzung des Außenministeriums war es offensichtlich ein Anliegen einer bestimmten „Klasse“ von „hoch gebildeten“, „in ihren jeweiligen Kontexten ziemlich prominenten Personen“.³⁹ In der Tat: Im Westen war der bevölkerungspolitische Diskurs ein Elitendiskurs, in dem sich philanthropische Anliegen, Statusängste und der Glaube an die Steuerbarkeit von Reproduktion niederschlugen. Ähnlich verhielt es sich auch in anderen Teilen der Welt. In Indien etwa waren die Befürworter von Familienplanungsprogrammen überwiegend westlich sozialisierte, häufig auch von eugenischen Vorstellungen geprägte Angehörige hoher Kasten. Sie sahen in der differierenden Geburtenrate von Mitgliedern hoher und niedriger Kasten eine Bedrohung ihres Status und ihrer Privilegien. Genauso wie die weißen Frauen und Männer im Westen tra-

³⁵ Vgl. Burton Kaufman, *Trade and Aid: Eisenhower's Foreign Economic Policy 1953–1961*, Baltimore 1982, S. 182.

³⁶ Gilman, *Mandarins of the Future* (Anm. 16).

³⁷ Intelligence Report, Bureau of Intelligence and Research, Trends of Population and Gross National Product by Regional and Political Subdivisions, 18.8.1961, National Archives II (im Folgenden NA), RG 59 (Department of State), Policy Planning Council, Box 118, Folder Food & Population.

³⁸ George C. McGhee/Harland Cleveland, Population Problem, 31.8.1961, ebd.

³⁹ Howard Wriggins/Walt Rostow, Notes on Meeting Concerning Population Problem, 13.4.1962, ebd., Box 210, Folder Food & Population.

ten sie deshalb für Programme ein, die die Geburtenrate von Armen senken sollten.⁴⁰

In den Vereinigten Staaten bewirkte eine Person den Schulterschluss von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Regierung: William H. Draper, in den 1960er-Jahren der wohl einflussreichste Lobbyist der Bevölkerungsexperten. Auf seine Initiative hin traf sich Außenminister Dean Rusk im Herbst 1962 mit Vertretern von über 30 Stiftungen zu einer eintägigen Konferenz zum Thema „Bevölkerungsexplosion“ im angesehenen New Yorker Council on Foreign Relations. Die Konferenz hinterließ einen bleibenden Eindruck: „Rusk said that something like an ‚explosion‘ of interest in population problems seemed to be taking place.“⁴¹ Die von Rusk konstatierte „Explosion“ des Interesses hatte verschiedene Ursachen, ging jedoch nicht auf unmittelbare bevölkerungspolitische Krisen oder Nahrungsmittelengpässe zurück. Sie reflektierte vielmehr das Zusammenwirken zweier ganz unterschiedlicher Phänomene: einer jahrelangen erfolgreichen bevölkerungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit und der Dekolonisierung in Afrika. Während der Kontinent in den 1950er-Jahren von der amerikanischen Politik und Öffentlichkeit weithin als Domäne der Europäer betrachtet worden war, wuchsen im Zuge der Dekolonisierung die Zweifel an der Regierungsfähigkeit und „Mündigkeit“ afrikanischer Eliten. Paradigmatisch verdeutlicht ein Titelbild des „Time Magazine“ vom Januar 1960 den Zusammenhang von realem Bevölkerungswachstum, kulturellen Vorurteilen und medialer Aufladung: Im Zentrum des Covers, das Frauen unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft mit ihren Babies zeigt, steht die als Einzige nur halb bekleidete Afrikanerin mit ihrem Kind.⁴²

Kennedys Nachfolger Lyndon B. Johnson machte sich das Thema Bevölkerung persönlich zu Eigen. In seiner Jahresbotschaft an die Nation erklärte er im Januar 1965, er suche „new ways to use our knowledge to help deal with the explosion in world population and the growing scarcity in world resources“.⁴³ Damit war Bevölkerungspolitik nun offiziell als politische Herausforderung anerkannt und der Grundkonflikt identifiziert: Wie konnten die individuellen Entscheidungen über die Zahl der Kinder mit ihren kollektiven Wirkungen in Einklang gebracht werden?

Die International Planned Parenthood Federation und andere bevölkerungspolitische Organisationen hatten sich deshalb seit langem für Kampag-

⁴⁰ Sanjam Ahluwalia, *Demographic Rhetoric and Sexual Surveillance: Indian Middle-Class Advocates of Birth Control, 1902–1940s*, in: James H. Mills/Satadru Sen (Hg.), *Confronting the Body. The Politics of Physicality in Colonial and Post-Colonial India*, London 2004, S. 183–202.

⁴¹ Memo of Conversation, Secretary's Discussion of Population Problems with Foundation Executives, 20.11.1962, NA, RG 59, Policy Planning Council, Box 210, Folder Food & Population.

⁴² <<http://www.time.com/time/covers/0,16641,19600111,00.html>>.

⁴³ Zit. nach Peter J. Donaldson, *Nature Against Us. The United States and the World Population Crisis, 1965–1980*, Chapel Hill 1990, S. 99.

nen zur Verbreitung von Verhütungsmitteln und Aufklärung in der „Dritten Welt“ eingesetzt. Mitte der 1960er-Jahre war diese Botschaft angekommen, und zwar im Gewand von Modernisierung und Emanzipation. Weltweit suchten Frauen, da waren sich die Bevölkerungskontrolleure einig, verzweifelt nach Methoden, um die Anzahl ihrer Kinder zu senken – um unabhängiger von Männern zu sein und um wenigen Kindern Überleben und Gesundheit zu ermöglichen. Margaret Sanger und andere Aktivisten verfügten aber nicht nur über eine Theorie zur Lösung des Problems. Sangers Mitstreiterin Katherine McCormick, Frauenrechtlerin, Philanthropin und millionenschwere Erbin, förderte seit 1952 mit insgesamt zwei Millionen Dollar die Forschungen des Biochemikers Gregory Goodwin Pincus. Diese führten zur Entwicklung der Pille und ihrer Markteinführung im Jahre 1960. An die Pille war eine konkrete Erwartung geknüpft: Sie sollte dazu beitragen, das Bevölkerungswachstum der Armen in der „Dritten Welt“ zu reduzieren.⁴⁴ Nachdem sich dies aus Kostengründen und mangelndem Vertrauen in die Sorgfalt der dortigen Frauen als unrealistisch erwies, griffen Bevölkerungsexperten auf die ebenfalls im Jahr 1960 entwickelte Spirale aus Plastik zurück.⁴⁵

Das Bemühen, das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern unter Kontrolle zu bringen, war Ende der 1960er-Jahre offizielle amerikanische Politik geworden. Ihre Umsetzung förderte der Kongress mit erheblichen Mitteln; moralisch legitimiert wurde sie nun von drei ehemaligen Präsidenten – Truman, Eisenhower und Johnson – sowie vom amtierenden Präsidenten Nixon. 1967 bewilligte der Kongress erstmals Mittel für familienpolitische Programme in der „Dritten Welt“ im Umfang von 10,5 Millionen Dollar.⁴⁶ Die staatlichen Mittel für Familienpolitik in der „Dritten Welt“ überstiegen selten 4 Prozent des Gesamtetats der amerikanischen Wirtschafts- und Militärhilfe; mit jährlich 120 bis 180 Millionen Dollar im Zeitraum 1972–1980 handelte es sich aber durchaus um nennenswerte Summen. Außerdem ging die amerikanische Regierung dazu über, die Vergabe von Entwicklungs- oder Katastrophenhilfe von bevölkerungspolitischen Maßnahmen der Empfängerländer abhängig zu machen. So wurden amerikanische Getreidelieferungen an das von Hungersnot bedrohte Indien im Jahr 1966 an die Anstellung amerikanischer Bevölkerungsexperten gekoppelt. Auch in weiteren Fällen wurden Entwicklungsprojekte davon abhängig gemacht, ob das Empfängerland bereit war, Be-

⁴⁴ Bettina Rainer, *Bevölkerungswachstum als globale Katastrophe. Apokalypse und Unsterblichkeit*, Münster 2005, S. 173-182.

⁴⁵ Michel Thiery, *Pioneers of the Intrauterine Device*, in: *European Journal of Contraception and Reproductive Health Care* 2 (1997) H. 1, S. 15-23.

⁴⁶ John Sharpless, *World Population Growth, Family Planning, and American Foreign Policy*, in: *Journal of Policy History* 7 (1995), S. 72-102; ders., *Population Science, Private Foundations, and Development Aid: The Transformation of Demographic Knowledge in the United States, 1945–1965*, in: Frederick Cooper/Randall Packard (Hg.), *International Development and the Social Sciences. Essays on the History and Politics of Knowledge*, Berkeley 1997, S. 176-202.

völkerungsexperten aufzunehmen. In vielen Ländern wurden bevölkerungspolitische Zielsetzungen mit Kreditzusagen verbunden.⁴⁷ Insbesondere in subsaharischen Afrika gab es bis in die jüngste Vergangenheit keine andere Motivation für die Durchführung von Familienprogrammen als die entsprechende Forderung von Gebern.⁴⁸

4. Die Globalisierung des Diskurses

Der bevölkerungspolitische Diskurs ging in den 1950er-Jahren primär von Bevölkerungsexperten und amerikanischen Stiftungen aus. Während der 1960er-Jahre wurde er dann maßgeblich von der amerikanischen Regierung aufgegriffen und vorangetrieben. Erfolgreiche bevölkerungspolitische Programme wurden von den Regierungen Südkoreas, Taiwans und Singapurs durchgeführt. Auch in anderen Ländern gab es in diesem Zeitraum Familienplanungsprogramme. Doch angesichts mangelhafter materieller Ausstattungen galten diese, wie etwa in Pakistan, als wirkungslos.⁴⁹

Auf internationaler Ebene waren es zunächst die skandinavischen Länder, die das Thema auf die Agenda von UN-Organisationen zu setzen versuchten. Als Vorreiter in der Entwicklungszusammenarbeit und als kleinere Geber waren sie schon früh an multilateraler Kooperation interessiert. Globale Bevölkerungspolitik bedeutete im Kern die Globalisierung des skandinavischen Sozialstaatsmodells, das auf einem hohen Maß an *social engineering* und dem Vertrauen in die gestaltende Kraft staatlicher Planung beruhte. Betrachtet man den sozialhygienischen und gesellschaftspolitischen Diskurs im Schweden der 1930er-Jahre, ergeben sich interessante Kontinuitäten zum Bevölkerungsdiskurs der 1950er-Jahre. Als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise baute die schwedische Sozialdemokratie in den 1930er-Jahren den Sozialstaat systematisch aus. Das „Volksheim“ sollte Schutz vor den Verwerfungen des Marktes bieten und Chancen für die Arbeitnehmerschaft eröffnen. Allerdings ging der Bau des „Volksheims“ mit erheblichen sozialdisziplinarischen Maßnahmen einher: Wer nicht produktiv war, hatte nur eingeschränkten Anspruch auf staatliche Leistungen. So wurden die eugenischen Sterilisationsgesetze begründet, von denen bis in die 1970er-Jahre insgesamt fast 50.000 Frauen betroffen waren – überwiegend junge Frauen aus sozial schwachen Schichten und von ethnischen Minderheiten (Roma und Sinti). Diesen als unproduktiv angesehenen

⁴⁷ Donaldson, *Nature Against Us* (Anm. 43), S. 48-51.

⁴⁸ Nancy Luke/Susan Cotts Watkins, Reactions of Developing-Country Elites to International Population Policy, in: *Population and Development Review* 28 (2002), S. 707-733.

⁴⁹ Pakistan Desk, Department of State, Pakistan-Country Analysis-NSDM 314 Response, Country Situation in 1965, 9.4.1976, NA, RG 286 (US Agency for International Development), Entry 76, Pakistan Family Program, Box 1, Folder HLS 9.

nen Mitgliedern der Gesellschaft sollte verwehrt werden, unproduktive Kinder in die Welt zu setzen.⁵⁰ Sozialtechnische Organisation, soziale Disziplinierung und Planungsoptimismus – die Prämissen des skandinavischen Sozialstaates wurden auf die Entwicklungspolitik übertragen und fanden in dem Interesse an einer Bevölkerungskontrolle gerade armer Menschen in der „Dritten Welt“ ihren Ausdruck.

Skandinavische Regierungen versuchten in den 1950er-Jahren verschiedentlich, Bevölkerungspolitik auf die Agenda von UN-Gremien zu setzen.⁵¹ Doch katholische Länder wie Irland wehrten sich energisch gegen jegliche Diskussion des Themas.⁵² Das hielt Experten und Stiftungen aber nicht davon ab, es auf transnationaler Ebene zu diskutieren. Die Rockefeller und die Ford Foundation finanzierten bis Mitte der 1960er-Jahre mehrere Kongresse über Bevölkerungspolitik. Auf weltweites Medienecho stieß dann eine Belgrader Konferenz über Bevölkerung von 1965, die – seitens der Stiftungen finanziert – von der International Union for the Scientific Study of Population und den Vereinten Nationen ausgerichtet wurde. Über 2.000 Teilnehmer und Beobachter von Regierungen diskutierten dort bevölkerungspolitische Fragen. Damit hatten die Vereinten Nationen – auf Initiative und in Kooperation mit transnationalen Akteuren – das Thema erstmals als wichtiges Feld globaler Politik anerkannt.

Zu Recht konnte die epistemische Gemeinschaft der Bevölkerungsexperten dies als ihren Erfolg verbuchen. Ermutigt durch die bevölkerungspolitischen Initiativen der Vereinigten Staaten verstärkten Experten und Stiftungen daher ihre Aktivitäten. John D. Rockefeller III brachte UN-Generalsekretär U Thant und zwölf Staatsoberhäupter im Jahr 1966 dazu, eine Erklärung zu unterzeichnen, in der familienpolitische Maßnahmen gefordert wurden. Bis Jahresende 1967 erhielt Rockefeller die Unterschriften von weiteren achtzehn Staatsoberhäuptern.⁵³ Wenige Monate später erklärte die UN-Menschenrechtskonferenz von Teheran die „freie und verantwortliche Entscheidung der Paare über Zahl und Abstand ihrer Kinder“ zu einem Menschenrecht.⁵⁴ Diese Erklärung forderte nicht explizit zur Begrenzung der Kinderzahl auf. Bevölkerungsexperten und Politiker verstanden sie aber als Legitimation für Programme zur Familienplanung. Die Anerkennung individueller Familienplanung als eines Men-

⁵⁰ Nils Roll-Hansen/Gunnar Broberg (Hg.), *Eugenics and the Welfare State. Sterilization Policy in Norway, Sweden, Denmark and Finland*, 2. Aufl. Ann Arbor 2005.

⁵¹ Zum Folgenden siehe Richard Symonds und Michael Carder, *The United Nations and the Population Question, 1945–1970*, London 1973.

⁵² Intelligence Report, Bureau of Intelligence and Research, Trends of Population and Gross National Product by Regional and Political Subdivisions, 18.8.1961, NA, RG 59, Policy Planning Council, Box 118, Folder Food & Population.

⁵³ Declaration on World Population: The World Leaders Statement, in: *Studies in Family Planning* 1 (1968) H. 26, S. 1ff.

⁵⁴ United Nations, *International Conference on Human Rights*, New York 1968, S. 2.

schenrechts beendete zwar nicht die Diskussion um unterschiedliche Geburtenraten und die Fortpflanzung von Armen. Doch sie entzog insbesondere eugenischen Begründungen für die Notwendigkeit von Bevölkerungskontrolle die Legitimation. Der Familienplanung und Bevölkerungspolitik sollte der schlechte Beigeschmack der Klassenpolitik genommen werden.

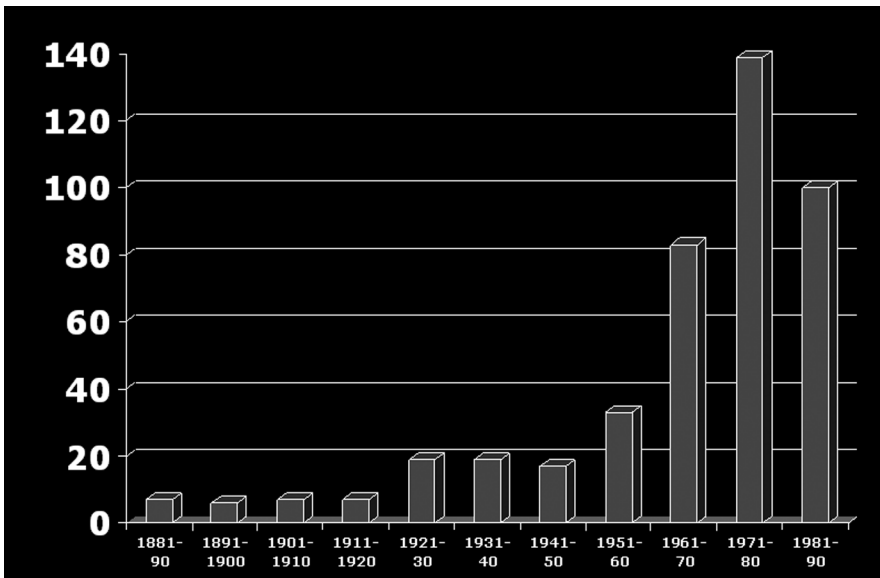
Nachdem die Vereinten Nationen die quantitativen Aspekte des Bevölkerungsdiskurses zunächst ideell akzeptiert hatten, befassten sich ab Ende der 1960er-Jahre eine ganze Reihe von UN-Organisationen auch institutionell mit dem Thema Bevölkerung – vor allem die Weltbank und der auf amerikanische Initiative gegründete und mit amerikanischen Mitteln ausgestattete UN Trust Fund for Population Activities.⁵⁵ Dabei waren sich Nichtregierungsorganisationen und nationale Regierungen darin einig, dass Bevölkerungspolitik und Familienplanung letztlich nur im internationalen und transnationalen Kontext behandelt werden könnten und dass allein die Vereinten Nationen über die Legitimation verfügten, Bevölkerungspolitik zu einem Aspekt von *global governance* zu machen, also zum Bestandteil eines Regel- und Normenwerkes, das die Grundlage globalen politischen Handelns bildet. Denn Bevölkerungspolitik berührte fundamentale Fragen von Macht, Souveränität und Organisation von Gesellschaften und Nationalstaaten. Die subsaharischen Eliten interpretierten und interpretieren Familienplanung bis in die Gegenwart hinein als Versuch von Weißen, die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents zu behindern. In ihren Augen war Bevölkerungspolitik Teil einer „neokolonialen“ Politik, die die asymmetrischen Beziehungen zwischen dem Westen und dem Afrika der Kolonialzeit unter biopolitischen Vorzeichen fortschrieb.⁵⁶ Darüber hinaus betrachteten viele Politiker in der „Dritten Welt“ Bevölkerung als Machtressource – und deren Wachstum als Zugewinn von Macht.⁵⁷ Zwar gab es um 1970 in 23 Ländern bevölkerungspolitische Programme. Als konsequent antinatalistisch konnten aber nur Singapur, Taiwan und Südkorea bezeichnet werden. In allen anderen Ländern waren Bevölke-

⁵⁵ Richard Jolly u.a., *UN Contributions to Development Thinking and Practice*, Bloomington 2004, S. 188-192; Devesh Kapur/John P. Lewis/Richard Webb, *The World Bank. Its First Half Century*, Bd. 1: *History*, Washington 1997, S. 695.

⁵⁶ Aderanti Adepoju, *Population Policies in Africa: Problems and Prospects*, in: *African Affairs* 74 (1975), S. 461-479; Nancy I. Heckel, *Population Policies and Laws in Sub-Saharan Africa, 1975-1985*, in: *International Family Planning Perspectives* 12 (1986), S. 122ff.

⁵⁷ So etwa Mao Zedong. Siehe das Memorandum eines Gesprächs zwischen Mao und dem Führer der vietnamesischen Kommunisten, Le Duan, 5.11.1970, in: *Cold War International History Project* (<<http://www.wilsoncenter.org/cwihp>>). Zum Kontext siehe Gerry E. Hendershot, *Population Size, Military Power, and Antinatal Policy*, in: *Demography* 10 (1973), S. 517-524.

rungsprogramme entweder unterfinanziert oder umstritten, jedenfalls nach Einschätzung von Experten praktisch wirkungslos.⁵⁸



Internationale Konferenzen über Bevölkerungskontrolle, 1880–1990. Daten aus: Deborah Barrett/David John Frank, *Population Control for National Development: From World Discourse to National Policies*, in: John Boli/George M. Thomas (Hg.), *Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations Since 1875*, Stanford 1999, S. 198–221.

Unterschiedliche Interpretationen der Theorie des demographischen Übergangs, der wirtschaftlichen Bedeutung von Bevölkerungsentwicklung und der Verteilung von Arm und Reich insgesamt bestimmten auch die Diskussionen der ersten explizit von den Vereinten Nationen organisierten Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest 1974. Erstmals waren auf dieser Konferenz neben zahlreichen Wissenschaftlern und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen offizielle Delegierte nationaler Regierungen vertreten. Der Konferenz war eine intensive Lobbytätigkeit von Bevölkerungsexperten vorausgegangen. Auf Anregung von William Draper hatte UN-Generalsekretär Kurt Waldheim das Jahr 1974 zum „Weltbevölkerungsjahr“ erklärt.⁵⁹ Bukarest sollte krönender Höhepunkt der bevölkerungspolitischen Veranstaltungen und auch Endpunkt eines 30-jährigen Kampfes um die Popularisierung der Bevölkerungsfrage werden.

⁵⁸ Berelson, *The Present State* (Anm. 29).

⁵⁹ Donaldson, *Nature against Us* (Anm. 43), S. 123.

Tatsächlich aber kam es anders: Auf der Konferenz klagten die Staaten der südlichen Halbkugel die industrialisierten Länder an, wohl etwas für die Reduzierung der Armen, aber viel zu wenig für die Linderung von Armut zu tun. Familienplanung sei ein Nebenschauplatz sozioökonomischer Entwicklung. Sie verlangten die Etablierung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIEO), die die Interessen und Bedürfnisse des Südens angemessen repräsentieren müsse. Bevölkerungskontrolle, so argumentierten sie, sei keine Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung. Vielmehr werde es ohne wirtschaftliche Entwicklung keine Senkung von Geburtenraten geben. Diese Position vertraten nicht nur die Entwicklungsländer, die von den hehren Versprechungen der „Entwicklungsdekade“ (John F. Kennedy) enttäuscht waren. Ausgerechnet der über Jahrzehnte einflussreichste amerikanische Befürworter von Familienkontrollprogrammen, John D. Rockefeller III, nutzte das Bukarester Forum für einen publikumswirksamen und dramatischen Meinungswandel. Zwar sei das Bevölkerungswachstum, so Rockefeller, nach wie vor entwicklungspolitisch bedenklich und auch aus globaler Sicht ein Problem der Menschheit. Aber Familienplanung allein könne die Lebensbedingungen und Chancen der Menschen in der „Dritten Welt“ nicht verbessern. Rockefeller verlangte daher eine massive Aufstockung westlicher Entwicklungshilfe.⁶⁰

Solche Forderungen blieben ungehört. Gerade in den 1970er-Jahren wurde Familienpolitik in der westlichen Welt, in dem vom Westen finanziell abhängigen UN-System und in Asien als Königsweg sozioökonomischer Entwicklung betrachtet. Dies galt insbesondere für China, das nach 1979 eine konsequent antinatalistische Politik verfolgte, die mit massivem Druck die Norm der Ein-Kind-Familie durchsetzen sollte.⁶¹ Auch in Indien, das während der so genannten *Emergency* (1976–1978) – der Außerkraftsetzung parlamentarisch-demokratischer Verfahren und der Beschneidung individueller Freiheiten – autoritär regiert wurde, etablierten aus der Mittel- und Oberschicht stammende Bürokraten ein Bevölkerungskontrollprogramm, bei dem Arme durch staatlichen Druck und finanzielle Anreize zu Massensterilisierungen und Abtreibungen genötigt wurden.⁶²

⁶⁰ Allan Chase, *The Legacy of Malthus. The Social Cost of the New Scientific Racism*, New York 1975, S. 409f.

⁶¹ Susan Greenhalgh, State-Society Links: Political Dimensions of Population Policies and Programmes, with Special Reference to China, in: James F. Phillips/John A. Ross (Hg.), *Family Planning Programmes and Fertility*, Oxford 1992, S. 277-298; Lucy Jen Huang, Planned Fertility of One-Couple/One-Child Policy in the People's Republic of China, in: *Journal of Marriage and the Family* 44 (1982), S. 775-784.

⁶² Marika Vicziany, Coercion in a Soft State: The Family Planning Program of India. Part I: The Myth of Voluntarism, in: *Pacific Affairs* 55 (1982), S. 373-402; dies., Coercion in a Soft State: The Family Planning Program of India. Part II: The Sources of Coercion, in: *Pacific Affairs* 55 (1982), S. 557-592; Emma Tarlo, *Unsettling Memories. Narratives of the Emergency in Delhi*, London 2003, S. 176f. u. passim.

Wie kein anderer Bereich der Entwicklungspolitik erschien Familienpolitik als multifunktionales Instrument: Es erfüllte die Erwartungen von Gebern nach „sinnvollem“ Engagement, war preiswert und schien die Emanzipation von Frauen zu fördern. Familienpolitik wurde als Umsetzung der Theorie vom demographischen Übergang verstanden: Sie sollte neue Normen setzen, individuelles Verhalten ändern und wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen. Die Kleinfamilie westlicher Prägung, in der die Frau neben oder nach ihrer Aufgabe als Mutter einer Erwerbstätigkeit nachgehen konnte, galt als das Ideal mikrosozialer Organisation. In der Konsequenz schafften sich Arme selbst ab, ordneten sich Menschen weltweit einem Regime zu, in dem Arbeit das soziale und organisatorische Lebensprinzip bildete.

5. Fazit

Die Bevölkerungspolitik zwischen 1945 und 1975 begann mit der Identifizierung des Phänomens „globales Bevölkerungswachstum“ durch einige wenige Demographen. Sie entfaltete sich vor dem Hintergrund eines ideologisch geprägten theoretischen Widerspruchs: Für die westliche Welt galt, dass Bevölkerungswachstum in der Folge von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung abnahm. Für die „Dritte Welt“ wurde die umgekehrte Reihenfolge postuliert – erst Bevölkerungskontrolle ermögliche Wirtschaftswachstum. Die Reduzierung der Zahl der Armen bedeute Reduzierung der Armut. Der epistemischen Gemeinschaft der Bevölkerungsexperten gelang es wie kaum einer anderen ähnlich strukturierten sozialen Gruppe, eine weltweite Deutungshoheit zu erlangen und ihr Anliegen global zu popularisieren. Kommuniziert und popularisiert wurden bevölkerungspolitische Anliegen in den 1950er- und 1960er-Jahren mit Hilfe der Ford und der Rockefeller Foundation. Dabei spielten philanthropische und humanitäre Gründe zweifellos eine Rolle, und insbesondere Frauen wie Sanger oder Stopes empfanden die potentiellen emanzipatorischen Effekte von Geburtenkontrolle als entscheidend für ihr Engagement. Viele Bevölkerungsexperten betrachteten das Bevölkerungswachstum aber nicht nur als ein Problem der Zahl, sondern der Qualität: Zu viele Arme bekamen zu viele Kinder – das konnte den Status der privilegierten Mittel- und Oberschichten ebenso gefährden wie die Sicherheit der westlichen Welt. Schließlich verfolgten nationale Regierungen, Eliten in der entwickelten Welt und auch in einigen Entwicklungsländern, internationale Organisationen und transnationale Netzwerke das gemeinsame Ziel, die Geburtenrate von Armen in der „Dritten Welt“ zu reduzieren.

Bis in die 1970er-Jahre hinein waren Bevölkerungsdiskurse von ethnischen, kulturellen oder sozialen Hierarchisierungen geprägt. Die seit der Konferenz von Bukarest (1974) artikulierten Bedenken gegen eine rigide Familienkontrollpolitik haben, so scheint mir, zumindest im Westen zu einem sensibleren

Umgang mit dem Phänomen des globalen Bevölkerungswachstums geführt. Die Ursachen von Kinderreichtum und Bevölkerungswachstum werden heute sehr viel stärker als noch vor drei Jahrzehnten in mangelnder sozio-ökonomischer Entwicklung gesehen. Heutige Familienplanungsprogramme haben aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt: Erfolgreich können sie nur in einem Kontext sein, der darauf zielt, Armut zu lindern, Chancen zu verbessern und Freiheiten zu gewähren.⁶³

Bevölkerungsdiskurse sind nur ein Beispiel für eine Vielzahl von Themen und Problemen, die seit 1945 in einem zunehmend globalen Kommunikationsrahmen verhandelt werden. Dabei spielen epistemische Gemeinschaften, Nichtregierungsorganisationen und internationale Organisationen eine wichtige Rolle. Die zeithistorische Forschung, zumal in Deutschland, hat diese wichtigen Themen bislang weitgehend ignoriert und Politikwissenschaftlern und Völkerrechtlern das Feld überlassen.⁶⁴ Doch auch im internationalen Kontext steht die Erforschung globaler Phänomene, Akteure und Organisationen (jenseits des Marktes) erst am Anfang.⁶⁵

Prof. Dr. Marc Frey, Jacobs University Bremen, School of Humanities and Social Sciences, Campus Ring 1, D-28759 Bremen, E-Mail: m.frey@jacobs-university.de

⁶³ Amartya Sen, *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, Frankfurt a.M. 2002, S. 253-272.

⁶⁴ Als Ausnahme siehe u.a. Daniel Maul, *Menschenrechte, Sozialpolitik und Dekolonisation. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) 1940–1970*, Essen 2006; vgl. auch Rausch, US-amerikanische „Scientific Philanthropy“ (Anm. 27).

⁶⁵ Hervorzuheben ist hier insbesondere die United Nations Intellectual History Project Series mit bislang sieben Bänden.